

Erna Solberg (Høyre) ist seit 2013 Ministerpräsidentin des Königreichs Norwegen. Bei den Parlamentswahlen im Herbst 2017 war die 58-Jährige die erste konservative Politikerin seit 30 Jahren, die das Amt der Ministerpräsidentin innehatte. Solberg ist mit Sindre Finnes verheiratet und das Paar hat zwei erwachsene Kinder – einen Sohn und eine Tochter. Sven Lilienström, Gründer von Faces of Democracy, sprach mit Erna Solberg über die Rolle der Zivilgesellschaft in Norwegen, die Vorteile des Europäischen Wirtschaftsraums für norwegische Unternehmen und ihre Vision von Norwegens künftiger Rolle in der Welt.



Erna Solberg und Sven Lilienström, 2019. (© Rune Hammerstad)

Frau Ministerpräsidentin, nach dem neuesten Demokratieindex der Zeitschrift The

**Economist ist Norwegen das demokratischste Land der Welt. Wie wichtig sind
Demokratie und demokratische Werte für Sie persönlich?**

Sie sind extrem wichtig. Eines der Dinge, auf die ich am meisten stolz bin, ist die Tatsache, dass unsere Bürger ihren Institutionen und Politikern vertrauen. Das macht die Politik viel unkomplizierter. Es ist einfacher, Veränderungen voranzutreiben, wenn die Bürger Ihren Zielen vertrauen. Ich verbinde dies auch sehr eng mit der Tatsache, dass wir hier in Norwegen eine große Anzahl von Nichtregierungsorganisationen haben. Die Zivilgesellschaft spielt in diesem Land eine große Rolle. Viele Norweger sind in mehr als einer zivilgesellschaftlichen Organisation aktiv. Das heißt, sie beteiligen sich an der lokalen Demokratie oder an den Sektoren und Bereichen, in denen sie tätig sind oder Interesse haben. Tatsächlich ist die ehrenamtliche Arbeit der Norweger enorm und ich denke, dass dies auch Teil des sozialen Gefüges Norwegens ist, vielleicht sogar Skandinaviens als Ganzes. So viel unbezahlte Arbeit für andere Zwecke zu leisten, ist etwas, das unsere Gesellschaft enger zusammenhält.

**Norwegen ist kein EU-Mitgliedstaat. Es gehört jedoch zum Europäischen
Wirtschaftsraum - der seit 1994 besteht - und ist auch ein Schengen-Mitgliedstaat.
Wie wichtig ist für Ihr Land eine enge Partnerschaft mit der EU?**

Aus wirtschaftlicher Sicht ist das sehr wichtig. Wir haben eine umfassende Überprüfung des EWR-Abkommens - unserer wirtschaftlichen Verbindung - durch eine große Kommission durchgeführt, die, glaube ich, vor zehn Jahren eingerichtet wurde. Die Ergebnisse der Kommission zeigten, dass der Nutzen viel größer ist als die Probleme. Obwohl die Art der Beziehungen, die wir zur EU unterhalten, Nachteile hat, überwiegen die Vorteile bei weitem. Diese Vorteile sind in erster Linie eine enge Zusammenarbeit für Unternehmen und

verbesserte Marktchancen. Norwegen und in der Tat alle skandinavischen Länder haben die meisten Arbeitskräfte aus anderen europäischen Ländern aufgenommen. Aber Arbeitnehmer aus den EU-Ländern haben zum Wirtschaftswachstum unseres Landes beigetragen. Ich denke, dies ist der Grund, warum die Arbeitsmigration in der EU nicht die gleiche Reibung verursacht hat wie in anderen Ländern.

Es gibt Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt; Es gibt Herausforderungen mit zwielichtigen Unternehmen, die unsere arbeitsmarktrechtlichen Vorschriften nicht einhalten und daher unfairen Wettbewerb verursachen. Wir müssen uns mit dem Problem des Sozialdumpings befassen. In diesem Bereich wünschen wir uns eine engere europäische Zusammenarbeit, um die grenzüberschreitende Kriminalität zu beenden.

Das Gesamtbild ist jedoch, dass das EWR-Abkommen Chancen für unsere Unternehmen sichert, Wohlfahrtsstandards für unsere Gesellschaft erhält und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert. Es sichert auch ein hohes Maß an Zusammenarbeit zwischen dem norwegischen Nichtregierungssektor und den Nichtregierungssektoren anderer Länder. Dies gilt insbesondere für die mitteleuropäischen Länder. Dies liegt daran, dass unser finanzieller Beitrag durch den EWR und Norwegen eine engere Zusammenarbeit zwischen Organisationen in den ehemaligen Ostblockstaaten fördert.

Rechtspopulistische Bewegungen gewinnen in Teilen Europas an Boden und sind auch in Norwegen präsent. Betrachten Sie die Populisten eher als Risiko oder vielmehr als potenzielle Korrekturkraft für die Demokratie in Ihrem Land?

Ich glaube, dass man immer Respekt vor den Stimmen und Meinungen der Menschen haben sollte. In meiner Regierung haben wir eine Fraktion, die rechts von der konservativen Partei oder eher liberalistisch ausgerichtet ist. Meiner Meinung nach ist dies jedoch keine

rechtsgerichtete politische Fraktion, die es in anderen Ländern gibt, obwohl sie traditionell strenger in Sachen Migration war als andere Parteien in Norwegen. Als liberalistische Fraktion tendiert sie natürlich zu niedrigeren Steuern, und die Partei gehört absolut zum Spektrum der europäischen Mainstream-Politik.

Eine beunruhigende Sache sind Hassreden in sozialen Medien. Dies führt zu Veränderungen, nicht so sehr in der Politik, sondern zu einem giftigen Debattenklima in den norwegischen sozialen Medien. Dies ist eine Herausforderung, da wir eine zunehmende Islamophobie und Skepsis gegenüber der Migration feststellen, die mit einer Anti-Klimapolitik und EU-Skepsis verbunden sind. All dies führt manchmal zu sehr giftigen Debatten.

Gestern hatten wir eine große Kundgebung, die darauf abzielte, Hassreden zu stoppen und moderatere Diskussionen in den sozialen Medien anzuregen. Ich bin mir nicht sicher, ob es helfen wird, aber es gibt Anreize für diejenigen, die eine respektvollere Form der Debatte auf Facebook und anderen Social-Media-Websites wünschen.

Die Ergebnisse der neuesten Rangliste der Pressefreiheit (World Press Freedom Index 2019) zeigen, dass die norwegische Presse zum dritten Mal in Folge an erster Stelle steht. Warum rangiert Skandinavien - und insbesondere Norwegen - in der Rangliste immer so gut?

Ich denke, das liegt an dem hohen Grad der Pressefreiheit, den wir in Norwegen haben. Wir haben nur sehr wenige Gesetze, die die Berichterstattung und Medien und die Verbreitung von Nachrichten einschränken. Wir haben auch einen öffentlichen Sektor, der ziemlich offen gegenüber der Presse ist, Die Presse hat das Recht, über die Entscheidungen, die wir treffen, Bescheid zu wissen und darüber zu berichten.

Norwegen hat auch viele Zeitungen und immer noch einen großen Lokalzeitungssektor. Wir unterstützen einige lokale Medien und Medien, die traditionell die Meinung bestimmter Gruppen vertreten, mit öffentlichen Mitteln. Ob dieses System der öffentlichen finanziellen Unterstützung noch auf dem neuesten Stand ist, ist vielleicht umstritten, aber wir bieten der Presse diese Unterstützung weiterhin an.

Wir haben auch ein System in Norwegen, in dem – anstatt Gesetze anzuwenden – die Medien sich selbst kontrollieren. Wir haben ein Regulierungssystem, das Zeitungen und Medienhäusern zu kritischem, aber ausgewogenem Verhalten verpflichtet. Die Medien haben ein eigenes Kontrollgremium in Form eines Ausschusses, der die Fälle prüft. Das Gremium kann beispielsweise prüfen, ob einer Zweitmeinung ausreichend Bedeutung beigemessen wurde oder ob einer Person nicht genügend Raum gelassen wurde, um ihre Meinung zu äußern. Die Medienorganisationen halten sich in der Tat an diese Vorschriften. Die teilnehmenden Medien sind verpflichtet, die Urteile des Medienbeirats zu veröffentlichen, wenn der Ausschuss beispielsweise feststellt, dass sie das Recht auf Reaktion einer kritisierten Person verletzt haben.

Am 4. April feierte die NATO ihr 70-jähriges Bestehen. Ist die strategische Ausrichtung des Militärbündnisses noch zeitgemäß und was bedeutet die Aufkündigung des INF-Vertrages für die NATO und für Europa?

Ich denke, die strategischen Änderungen, die 2012 auf dem NATO-Gipfel in Chicago vorgenommen wurden, waren sehr wichtig und zeigen, wie der Fokus zunehmend auf die kollektive Verteidigung Europas und Nordamerikas verlagert wird. Darüber hinaus wurde mit einer wesentlich umfangreicheren Notfallplanung begonnen. Und das war vor 2014, vor der russischen Annexion der Krim. Die frühere norwegische Regierung – und in der Tat die

gesamte Debatte in Norwegen – hat sich angesichts der zunehmenden Militarisierung im euro-atlantischen Raum sehr für diese Fokus-Verschiebung eingesetzt. Angesichts der größeren Dimension und der größeren Stärke auf russischer Seite halte ich die auf dem NATO-Gipfel in Warschau im Jahr 2016 getroffenen Entscheidungen die maritime Seite betreffend für richtig. Sie waren auch wichtig, um die NATO zielgerichteter zu machen. Dies war für Norwegen sehr wichtig. Daher denke ich, dass der heutige strategische Rahmen der NATO in der Tat gut an die Situation angepasst ist.

Wir bedauern, dass der INF-Vertrag aufgelöst wird. Der INF-Vertrag ist seit mehr als 30 Jahren wichtig für Stabilität und Sicherheit in Europa. Ich glaube nicht, dass irgendjemand von einem neuen Raketenwettrüsten in Europa profitieren wird. Wir hoffen, dass ein ausgewogenes Abrüstungssystem erreicht wird. Mit den Veränderungen, die sich heute in der Welt vollziehen, sollten auch Länder wie China daran teilnehmen. Wir sollten nicht nur auf Russland, die USA und die NATO schauen. Norwegen wird weiterhin auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung hinarbeiten, was für die Sicherheit und Stabilität von entscheidender Bedeutung ist. Wir hoffen, auf das Thema der Raketenabrüstung zurückzukommen, denn von einer Verschärfung des Wettrüstens kann niemand profitieren.

Nach dem aktuellen „Global Gender Gap Report“ liegt Norwegen bei den geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden an zweiter Stelle. Was können andere Länder von Norwegen lernen, um die Kluft zwischen den Geschlechtern bei den Löhnen zu beseitigen?

Es gibt verschiedene Gründe dafür, warum wir ein kleineres geschlechtsspezifisches Lohngefälle haben. Wir haben ein System von Gesetzen und Verordnungen, und wenn man

Frauen und Männer betrachtet, die die gleiche Arbeit ausführen, werden sie meist gleich bezahlt. Es gibt jedoch immer noch Unterschiede zwischen verschiedenen Sektoren, die dasselbe Maß an Verantwortung und Bildung oder Ausbildung erfordern. Hier ist noch eine Lücke. Die wahre Kluft besteht jedoch zwischen verschiedenen Sektoren. Beispielsweise ist die Studiendauer für Ingenieure und Krankenschwestern gleich, sie erhalten jedoch ein unterschiedliches Entgelt, da Ingenieure eher im privaten Sektor arbeiten. Und wir haben zu einem gewissen Grad einen geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt, auf dem bestimmte Sektoren entweder von Frauen oder von Männern dominiert werden. Ich bin mir nicht sicher, ob wir es jemals schaffen werden, diese Situation vollständig zu korrigieren.

Aber ich denke, dass es wichtig ist, Gewerkschaften zu haben, die sich auf Lohngerechtigkeit konzentrieren. Wir haben ein Ombudsmannsystem und ein Antidiskriminierungsgesetz, das es Arbeitnehmern ermöglicht, sich bei ihrem Ombudsmann oder Antidiskriminierungsausschuss zu beschweren, wenn sie nicht den gleichen Lohn erhalten. Tatsächlich gibt es heutzutage kaum noch Fälle, weil gleiches Entgelt zur Norm geworden ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass dafür insbesondere die Bemühungen der Gewerkschaften und die Vorteile dieses Systems verantwortlich sind.

Unternehmen in Norwegen sind außerdem verpflichtet, über ihre Antidiskriminierungsmaßnahmen Bericht zu erstatten, um die Einhaltung der Gleichberechtigung zu gewährleisten. All dies lenkt den Fokus des unternehmerischen Denkens auf die Frage, warum ihre Gehaltslisten unterschiedliche Löhne für Männer und Frauen aufweisen. Alles, was man nachhält, wird auf eine Weise verwaltet. Ich denke, dass die Nachhaltung der Änderungen, die das meiste Management innerhalb eines Unternehmens erfordert, eine gute Antwort liefert.

Frau Ministerpräsidentin, Ihre zweite Amtszeit endet 2021. Welche Themen stehen noch auf Ihrer politischen und persönlichen Tagesordnung und wie sehen Sie die künftige Rolle Norwegens in der Welt?

Was für eine Frage! In Norwegen haben wir eine Situation durchgemacht, in der wir aufgrund des gesunkenen Ölpreises einen wirtschaftlichen Abschwung erlebt haben. Unsere Wirtschaft hat gezeigt, dass sie die Kraft und Widerstandsfähigkeit hatte, sich nach einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erholen, und wir sind jetzt im Öl- und Gassektor wettbewerbsfähiger geworden.

Die große Herausforderung für Norwegen besteht darin, dass der Öl- und Gassektor in Zukunft weniger zu unserem Wachstum beitragen sollten, da unsere Öl- und Gasinvestitionen und -produktion derzeit ihren Höhepunkt erreichen und die Produktion in Zukunft reduziert wird. Öl und Gas werden jedoch noch lange ein wichtiger Wirtschaftszweig in Norwegen bleiben – aber das ist nicht der Punkt, auf den wir uns weiter konzentrieren werden.

Wir werden uns also mit denselben Problemen konfrontiert sehen wie die meisten anderen europäischen Länder. Wie können wir in einer wettbewerbsfähigeren und globalisierten Welt mehr Arbeitsplätze schaffen? Wie können wir sicherstellen, dass wir neue Arbeitsplätze schaffen, wenn wir jedes Jahr eine kleine Anzahl von Arbeitsplätzen im Öl- und Gassektor verlieren? Bei der Lösung geht es um Bildung. Es geht um Investitionen in Forschung und Entwicklung. Es geht um den Rahmen für Unternehmen und Start-ups in unserem Land.

Dies alles ist der Situation in den meisten europäischen Ländern sehr ähnlich. Aber in Norwegen haben wir ein gutes Grundgerüst. Wir sind bereits ein hochgebildetes, ziemlich

digitalisiertes Land. Daher können wir einige dieser Probleme leichter lösen als andere Länder, die vielleicht landwirtschaftlicher sind und vor größeren Herausforderungen stehen, wenn es darum geht, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir müssen aus den Fehlern anderer Länder lernen. Warum finden in Frankreich die Proteste der Gelbwesten statt? Warum gibt es eine größere Unterstützung für radikale Ideen, sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des politischen Spektrums? Möglicherweise wurde zu wenig Wert auf diejenigen gelegt, die in einer Zeit mit großen technologischen und globalen Veränderungen den größten Herausforderungen gegenüberstehen. Wir müssen daher viel mehr in die Erwachsenenbildung in Norwegen investieren, um sicherzustellen, dass die Menschen nicht aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Damit niemand zurückbleibt. Denn wie überall wird sich auch unser Arbeitsmarkt verändern.

Bisher haben wir es geschafft, damit fertig zu werden, da im Öl- und Gassektor eine enorme Nachfrage nach sehr gut bezahlten Arbeitskräften besteht. Wir haben genug Steuereinnahmen, um unser Sozialsystem zu bezahlen. In Zukunft müssen wir sicherstellen, dass mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt bleiben und dass die Veränderungen in unserer Gesellschaft keine Menschen ohne ein Auskommen zurücklassen. Es muss uns gelingen, sie für neuartige Arbeit oder für Arbeitsplatzwechsel in ihrem derzeitigen Sektor umzubilden. Ich denke, dies ist das herausforderndste Problem, mit dem alle europäischen Länder konfrontiert sind. Wettbewerbsfähigkeit auf Unternehmensebene: man sorgt dafür, dass man genügend Arbeitsplätze schafft und dass man keine Leute infolge des technologischen Wandels zurücklässt.

Frau Ministerpräsidentin, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Sven Lilienström

Das Interview aus dem Englischen übersetzt von Nordisch.info

Über Sven Lilienström

Sven Lilienström ist Gründer der Initiative [Faces of Democracy](#), für die er dieses Interview ursprünglich geführt hat. Seit der Gründung der Initiative Faces of Democracy im Jahr 2017 haben mehr als 500.000 Menschen - getreu dem Motto „Sign for Democracy“ - die freiwillige Selbstverpflichtung zum Schutz und zur Stärkung der Grundwerte einer demokratischen Zivilgesellschaft unterzeichnet. Ziel der Initiative ist es, ein Zeichen zum Schutz und zur Stärkung von Demokratie, Pluralismus und Pressefreiheit zu setzen.